77. Jahrgang. Nr. 477

Sonntag, 9. Oktober 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Fernsprech-Sammelnummer: 25961
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/40

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.80 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 15 Pfg., außerhalb Sachsens 20 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 20 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 300 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Krisenaufschlag II. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Das Kabinett kommt England entgegen

Der Inhalt der deutschen Antwortnote

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Okt. Ueber die deutsche Antwort, die auf die englische Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz am Freitag dem englischen Geschäftsträger übergeben wurde, werden heute vom Auswärtigen Amt nähere Mitteilungen gemacht. Der Text wird in seinem Wortlaut selbst nicht veröffentlicht.

Die Reichsregierung bringt in ihrer Antwort zunächst ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck, mit den von der englischen Regierung eingeladenen Mächten in einen offenen Meinungsaustausch über eine zweckmäßige und billige Lösung der Abrüstungsfrage einzutreten,

wie die Regierung das schon in dem Memorandum vom 29. August zum Ausdruck gebracht hat. Als Ausgangspunkt für die Besprechungen wird die Lausanner Schlußerklärung bezeichnet, in der die Mächte festgestellt haben, daß außer den bereits in Lausanne behandelten Problemen auch andere Fragen, darunter die Abrüstungsfrage, geregelt werden müßten in dem Bestreben, „einen neuen Weg zu finden, der die Herstellung und Förderung des Vertrauens unter den Völkern in dem gegenseitigen Geiste des Ausgleichs, der Zusammenarbeit und der Gerechtigkeit ermöglichen würde." Nach Auffassung der Reichsregierung sollte diese Erklärung den Leitgedanken für die von England vorgeschlagene Aussprache abgeben.

Dagegen würden aber, so heißt es in der deutschen Antwort, Verhandlungen auf der Grundlage der französischen und englischen Note zur Gleichberechtigungsfrage schwerlich geeignet sein, die Regelung der Streitfrage herbeizuführen.

Die Note vermeidet, wie weiter mitgeteilt wird, jeden pessimistischen Ton, denn wenn die in der Lausanner Schlußnote enthaltenen Ausführungen den Besprechungen zugrunde gelegt würden, so wäre es nach Meinung des Auswärtigen Amts möglich, zu einem Ergebnis zu gelangen, das Deutschland durch Beseitigung der Gründe, die es zum Fernbleiben der Abrüstungskonferenz genötigt haben, die Wiederteilnahme ermöglichen würde. Was den Zeitpunkt der Zusammenkunft angeht, so ist dem englischen Geschäftsträger mitgeteilt worden, daß die Regierung ein etwas späteres Datum als den von England in Aussicht genommenen 11. Oktober wünscht.

Aus diesen Mitteilungen über den Inhalt der Note ergibt sich, daß entgegen den Angaben, die bisher von den zuständigen Stellen gemacht wurden, die Reichsregierung doch gewillt ist, über „eine zweckmäßige und billige Lösung der Abrüstungsfrage" zu diskutieren, daß sie also nicht, wie bisher angenommen werden mußte, das Verhandlungsthema auf die deutsche Gleichberechtigungsforderung beschränkt wissen will. Das bedeutet ein immerhin

sehr weites Entgegenkommen gegenüber England,

und man wird nunmehr um so gespannter darauf sein können, ob England weiterhin die bevormundende Tonart, die es in seinem bekannten Memorandum zum Ausdruck gebracht hat, Deutschland gegenüber anzuschlagen gedenkt. Was Frankreich angeht, so wissen englische Blätter heute mitzuteilen, daß nur durch ein rechtzeitiges Eingreifen in Paris eine französische Ablehnung der Teilnahme an der Konferenz überhaupt vermieden werden konnte.

Das bedeutet, daß Frankreich nicht daran denkt, von seinem Standpunkt auch nur im geringsten abzugehen, und es wird sich nun erweisen müssen, ob das große Entgegenkommen, das die Reichsregierung zum Ausdruck bringt, berechtigt ist oder nicht.

Wenn die Regierung sich überhaupt zu einem so großen Entgegenkommen bereitfindet, so dürfte nicht zuletzt auch der Grund maßgebend sein, die von Frankreich erstrebte außenpolitische Isolierung Deutschlands zu vereiteln, eine Gefahr, die nicht ganz von der Hand zu weisen ist, nachdem auch Italien wegen der Kontingentpolitik des Kabinetts zu recht unfreundlichen Maßnahmen geschritten war. Die Note ist aber insofern auch recht geschickt abgefaßt, als sie die Gegenseite auf die feierlichen Beteuerungen der Lausanner Schlußnote festnagelt. Es wird nun nicht nur für Frankreich, sondern auch für England die etwas unangenehme Situation sich ergeben, entweder einzugestehen, daß diese feierlichen Beteuerungen vor aller Welt bloße Phrasen waren, oder aber sich zu ihnen zu bekennen.

Hervorgehoben muß dann noch werden, daß die Reichsregierung ausdrücklich darauf hinweist, daß die bekannten französischen und englischen Antworten auf die Gleichberechtigungsforderung nicht die Grundlage für die Besprechungen abgeben könnten. Da sich offenbar eine Erörterung allein der Gleichberechtigungsforderung nicht ermöglichen lasse, will die Reichsregierung also im Rahmen einer Besprechung darüber, wie man die festgefahrene Abrüstungskonferenz wieder flottmachen könne, versuchen, ihre Forderung auf Wehrhoheit zu fördern. Eine Antwort der englischen Regierung auf den deutschen Bescheid lag in den heutigen Mittagsstunden an amtlichen Stellen noch nicht vor.

Unruhe links

Eine Besonderheit des anhebenden Wahlkampfes ist die klägliche Rolle, die die Sozialdemokratie als größte Linkspartei spielt. Nach allen bisher gültigen Regeln müßte jetzt eigentlich ihr Weizen blühen. Denn sie ist nun fast ein halbes Jahr lang von der Last der Regierungstolerierung befreit — eine genügende Spanne in unserer politisch so schnellebigen Zeit — und seitdem in der angenehmen Lage, die während der Brüningperiode stark gedämpften Register aufreizender marxistischer Demagogie wieder aufzuziehen. Die wirtschaftliche Lage hat sich zudem nicht so geändert, daß die alten Rattenfängermelodien des Sozialismus ihre Wirkung verfehlen müßten. Trotzdem merkt man nichts von den heilsamen Folgen des Gesundbades der Opposition, mit denen sich die führenden Genossen nach ihrer Vertreibung aus den Machtstellungen im Reich und in Preußen zunächst getröstet hatten. Im Gegenteil, bei den örtlichen Wahlen der letzten Wochen hat die Flucht der Mitläufer aus dem sozialdemokratischen Lager ins kommunistische so starke Fortschritte gemacht, daß in der Zentrale der SPD. ausgesprochene Katzenjammerstimmung herrscht.

Aus der Parteipresse gewinnt man den Eindruck, daß die Angriffsparole gegen die Papenregierung und gegen die Nazis zurücktritt vor der Beschwörung an die Arbeitermassen: kauft nicht zu den Kommunisten über, denn ihre negative Politik macht jedes von ihnen gewonnene Mandat für die Vertretung proletarischer Interessen wertlos. Das gleiche kann man allerdings auch von der Sozialdemokratie behaupten; denn sie wagt selbst nicht zu hoffen, daß sie ein Wahlergebnis erzielen wird, das ihr Einfluß auf die Regierungsführung verschaffen könnte. Welche Folgerungen die Wähler, soweit sie nicht zum alten Stamm gehören, aus solchen Ueberlegungen zu ziehen pflegen, hat man bei verschiedenen Parteien der Mitte bereits erlebt. Sie laufen in immer größeren Scharen davon, wenn sie das Gefühl haben, daß ihr politischer Wille bei unfruchtbaren Parteien ins Leere stößt. Darum bietet sich jetzt für den Nationalsozialismus, der schon unter dem Zwang der Kampfstellung gegen Papen den sozialen Teil seines Programms mehr in den Vordergrund rückt, eine günstige Gelegenheit, seine Hauptaufgabe zu erfüllen und unter Hinweis auf diese Entwicklung in stärkerem Maße marxistische Arbeiter in die nationale Arbeiterbewegung herüberzuziehen.

Damit sind aber die augenblicklichen Sorgen der sozialdemokratischen Parteileitung nicht erschöpft. Noch stärker wird sie vielleicht bedrückt von der rebellischen Stimmung in den eigenen Reihen. Schon vor einigen Wochen war von einer Art Palastrevolution die Rede, die von den jüngeren Elementen in der Partei ausging mit der Begründung, daß die alten Führer, vor allem Braun und Severing, am kritischen 20.-Juli bei der Reichsexekution gegen Preußen versagt hätten und daß von diesem Akt der „Feigheit vor dem Feind" der Niedergang der Sozialdemokratischen Partei herrühre. Damals hat man den Sturm durch personelle Zugeständnisse an die jüngere Generation in der Zusammensetzung der Parteiführung zu beschwichtigen versucht, aber er hat sich nicht gelegt und beunruhigt die Anhängerschaft auch jetzt, unmittelbar vor der Wahl.

Es ist im allgemeinen nicht leicht, einen Einblick in diese internen Vorgänge zu gewinnen; denn die sozialdemokratische Parteileitung ist bekannt durch ihre Geschicklichkeit, häusliche Zwistigkeiten vor der Oeffentlichkeit zu verbergen. Manchmal lüftet aber die Parteipresse unfreiwillig einen Zipfel des Schleiers. So hat sie kürzlich eine Kundgebung des Reichsbanners veröffentlicht, die den Konflikt zwischen der Parteibürokratie und der Parteischutztruppe enthüllt. Gerade im Hinblick auf den Wahlkampf hält es darin die Bundesführung für notwendig, zu erklären, daß „mit der satzungs- und willensmäßig stets bekundeten und gehandhabten Ueberparteilichkeit des Reichsbanners jeder Versuch, die Organisation für politische Sonderzwecke zu mißbrauchen, unvereinbar" sei. Wenn man bedenkt, daß das Reichsbanner seit dem Ausscheiden des Zentrums und der Vernichtung der Parteidemokratie längst ein rein sozialdemokratischer Wehrverband geworden ist, im gleichen Sinne wie die Gewerkschaften und Konsumvereine wirtschaftliche Unterorganisationen sind, dann kann man in dieser auffallenden Erklärung nichts anderes sehen, als die offene Auflehnung der kämpferisch-aktivistischen Teile gegen die Bonzokratie.

Noch eingehender wird man über die Gründe der Mißstimmung aus den Berichten über die Lichterfelder Wahlrede Severings unterrichtet. Der „große Mann" der Partei, der sich in seiner langen Ministerzeit für sie aufgeopfert hat, stand da als Angeklagter vor den Wählern. Der sonst so Angriffslustige mußte sich vollständig auf Rechtfertigung und Verteidigung beschränken. Und wie muß die Autorität dieser Führer gesunken sein, wenn sich ein Severing von seinen eigenen Parteigenossen höhnische Zwischenrufe und Vorwürfe gefallen lassen muß. Wenn er sich immer noch über die Art seiner Amtsenthebung beklagt und sich damit tröstet, daß auch Bismarck und Stein nicht in würdigen

Frankreichs Gegenzug: Statt London Lausanne

Der Pariser Abrüstungs- und Sicherheitsplan

Genf, 8. Okt. Die französische Regierung beabsichtigt nach zuverlässigen Mitteilungen, ihren großen Abrüstungs- und Sicherheitsplan frühestens nach dem 25. Oktober dem Büro der Abrüstungskonferenz zu überreichen. Von französischer Seite wird mitgeteilt, daß der Plan zunächst im Kabinett, sodann im Obersten Kriegsrat und im Verteidigungsausschuß durchberaten werden muß, so daß er erst Ende Oktober in seinen Einzelheiten feststehen wird.

Der Plan umfaßt einen Konsultativpakt, sieht internationale Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen für die Durchführung der Abrüstung vor, verlangt eine etappenweise Durchführung der Abrüstung und die Internationalisierung und Kontrolle der Zivilluftfahrt.

Der französische Plan soll sodann Ende Oktober gemeinsam mit einem von Benesch, Politis, Hymans und Bourquin ausgearbeiteten Abrüstungs- und Sicherheitsplan im Büro durchberaten werden. Ferner beabsichtigt der dänische Außenminister Munch, seinen Sicherheitsplan vorzulegen. Die ursprünglich auf den 10. Oktober einberufene Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz wird daher nach französischen Mitteilungen bis Ende Oktober verlegt werden. Auf diese Weise will man die gesamten Arbeiten der Abrüstungskonferenz aktivieren und in die abschließenden Verhandlungen eintreten. Das gesamte Abrüstungsabkommen soll sodann mit größter Beschleunigung zum Abschluß gebracht werden, so daß damit

die deutsche Regierung vor die Entscheidung gestellt würde, entweder an diesem Abrüstungsabkommen mitzuarbeiten oder im Falle des Fernbleibens die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages weiter zu tragen.

Auf französischer Seite wird ferner erklärt, daß der Plan der Abhaltung der Fünfmächtekonferenz noch nicht endgültig gescheitert sei, jedoch stände fest, daß diese Konferenz nicht in London, sondern voraussichtlich in der Schweiz stattfinden werde. Da die deutsche Regierung Verhandlungen zwischen den fünf Mächten in Genf ablehnt, wird beabsichtigt, die Konferenz in einer in der Nähe von Genf gelegenen Stadt, vielleicht Lausanne, abzuhalten. Man verfolgt hierbei auf französischer Seite den Plan, die fünf Regierungen, die gegenwärtig gegen die Londoner Konferenz protestieren, nämlich

die Tschechoslowakei, Rumänien, Südslawien, Polen und Belgien, zu den Verhandlungen hinzuzuziehen.

Auf französischer Seite wird betont, daß die Entscheidung im wesentlichen in den Händen von Macdonald liegt. Zweifellos gehen gegenwärtig die französischen Bemühungen in der Richtung, zunächst den großen französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan im Büro der Abrüstungskonferenz zur Verhandlung zu stellen und damit für die übrigen europäischen Großmächte und die Vereinigten Staaten eine neue Lage zu schaffen, die eine unabhängige Behandlung der Gleichberechtigungsfrage außerhalb des Rahmens der Abrüstungskonferenz unmöglich machen würde.

Ein eigenartiger Schritt Oesterreichs

Genf, 8. Oktober. Der ständige Vertreter der österreichischen Regierung beim Völkerbund, v. Pflügl, hat nach französischen Mitteilungen im Auftrage seiner Regierung beim französischen Kriegsminister Paul Boncour einen Schritt unternommen und darauf hingewiesen, daß die österreichische Regierung lebhafte Beunruhigung über eine Zusammenkunft der Großmächte zur Behandlung der Abrüstungsfragen außerhalb Genfs empfinde.

Die österreichische Regierung hat sich damit dem Vorgehen der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Südslawiens und Belgiens angeschlossen

und sucht also in Uebereinstimmung mit diesen Mächten und dem offiziellen Standpunkt der französischen Regierung eine Behandlung der deutschen Gleichberechtigungsforderung unmöglich zu machen. Der Schritt des österreichischen Gesandten hat in hiesigen internationalen Kreisen Befremden erregt, da man ein derart offenkundiges Abrücken von Deutschland nicht erwartet hat.